

JAHRESBERICHT 2017

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND HUMANITÄRE HILFE



Wien - Europa - Perspektiven



INHALT

1. VORWORT	3
2. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT.....	4
2.1. Burkina Faso.....	5
2.2. Georgien	7
2.3. Indien	9
2.4. Indien (2).....	11
2.5. Libanon	13
2.6. Myanmar	15
2.7. Nepal	17
2.8. Sambia.....	19
2.9. Senegal.....	21
2.10. Sierra Leone	23
2.11. Simbabwe.....	25
2.12. Tansania.....	27
2.13. Uganda	30
2.14. Uganda (2).....	33
3. ENTWICKLUNGSPOLITISCHE FACHTAGUNG	35
4. ENTWICKLUNGSPOLITISCHE BILDUNGSARBEIT.....	39
5. HUMANITÄRE HILFE	40
5.1. Spitalsgüter für die Ukraine.....	40
5.2. Spitalsgüter für Moldau	45
5.3. Spitalsgüter für Rumänien	47
5.4. Hilfsgüter für die Slowakei	50
5.5. Unterstützung humanitärer Hilfstransporte	51
6. VERNETZUNG	52

1. VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser!



© Foto: Ingo Peitrammer

Der vorliegende Bericht zur Wiener Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe ist ein beeindruckender Leistungsnachweis für die Effizienz und Effektivität des globalen Engagements der Stadt Wien zur Beseitigung der Armut. Es freut mich besonders, dass es 2017 gelungen ist, das Budget der Wiener Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu erhöhen. Damit wird eine wirksame und nachhaltige Unterstützung von marginalisierten Menschen bei ihrem Bestreben zur Überwindung der Unterentwicklung sichergestellt. Mit den von der Stadt Wien finanzierten Projekten in Afrika, Asien und

Osteuropa wurde eindrucksvoll bewiesen, wie wichtig es ist, in Bildung, Gesundheit und Ernährungssicherheit zu investieren. Darüber hinaus haben alle von der Stadt Wien initiierten und umgesetzten Maßnahmen einen Fokus auf das Empowerment von Frauen gerichtet.

Auch in der europäischen Nachbarschaft konnte die Stadt Wien den Menschen, die an den Folgen von Armut und Krieg leiden, im Rahmen der Humanitären Hilfe Unterstützung gewähren. Durch die Lieferung von medizintechnischer Ausrüstung ist es gelungen, die gesundheitliche Versorgungslage von Menschen in mehreren Ländern zu verbessern.

Die Stadt Wien bekennt sich zu den von der Vollversammlung der Vereinten Nationen 2015 verabschiedeten Sustainable Development Goals (SDGs), die den Referenzrahmen für die Entwicklungspolitik Wiens darstellen. Die Weltstadt Wien wird sich daher auch in Zukunft gemäß dem Leitmotiv der SDGs „Leave no one behind“ international engagieren und ihren Beitrag für eine gerechte und solidarische Zukunft leisten.

Mag^a Renate Brauner
Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft und Internationales



2. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die Stadt Wien erachtet seit vielen Jahren die globale Armutsminderung als gesamt-gesellschaftliche und gesamt-staatlich Aufgabe, für die es Engagement und Ressourcen bereitzustellen gilt. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) werden daher Wiener NGOs bei der Durchführung von Entwicklungsprojekten in Afrika, Asien und Osteuropa unterstützt. Dazu erging im März 2017 eine Einladung zur Einreichung von Projekten an entwicklungspolitische Organisationen (Call for Proposals). Thematisch konzentriert sich die Wiener EZA auf die Sektoren Bildung, Gesundheit und Geschlechtergleichstellung, dementsprechend wurde der Jahrestitel „Vulnerabilität verringern – Resilienz stärken: Förderung von Projekten im Rahmen der Nachhaltigen Entwicklungsziele“ gewählt.

Während Armut den aktuellen Zustand einer Person oder eines Haushaltes definiert, beschreibt Vulnerabilität im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit in der Regel das Risiko, bei externen Schocks oder sich verschlechternden Umfeldbedingungen in extreme Armut abzurutschen bzw. bestehende Armut weiter zu vertiefen. In einem engen Zusammenhang mit dem Konzept der Vulnerabilität steht das Konzept der Resilienz, also die Fähigkeit von Menschen, sich gegen die negativen Auswirkungen von verschlechterten Rahmenbedingungen und Schocks zu schützen und dadurch die Armutsfolgen nach Eintritt des Risikofalls zu mindern. Dem entsprechend wurden im Rahmen des Calls for Proposals Projekte in den Sektoren Ernährungssicherung & nachhaltige Landnutzung, Gesundheitsvorsorge & kurative Gesundheitsdienste, primäre & sekundäre Bildung, Berufsbildung & einkommensschaffende Maßnahmen sowie Trinkwasserbereitstellung & Hygiene gefördert.

2.1. Burkina Faso



Projektland: Burkina Faso
Hauptstadt: Ouagadougou
Größe: 267.950 km²
Einwohnerzahl: 19 Mio.
Sprachen: Französisch, Moore, Dioula, Ffulde u.a.
Human Development Index (HDI): 0,4 (185.)

Projektträger: Österreichische Jungarbeiterbewegung

Laufzeit: 6. November 2017 bis 31. Oktober 2020

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Frauen - Bildung – Zukunft“

Ausgangslage:

Burkina Faso ist ein Binnenland in der westafrikanischen Sahelzone, das zwar in den letzten zwanzig Jahren etwa in den Bereichen Grundschulbildung und Trinkwasserversorgung Fortschritte gemacht hat, in dem aber immer noch fast die Hälfte der neunzehn Millionen EinwohnerInnen unter der Armutsgrenze lebt. Der Großteil der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet nach wie vor in der Landwirtschaft. Meist deckt die Ernte gerade den Eigenbedarf und schwankt aufgrund schwieriger klimatischer Bedingungen stark. Die Bevölkerung hat immer wieder mit Ernährungskrisen zu kämpfen. Besonders Frauen mangelt es an Bildungsmöglichkeiten und einem Zugang zur eigenen Erwerbstätigkeit. Der Alltag burkinischer Frauen ist noch stark von traditionellen Rollenbildern und Diskriminierung geprägt. Abseits der Kleinlandwirtschaft und des eigenen Haushaltes haben Frauen meist keinen ökonomischen Handlungsspielraum.



Maßnahmen:

Um Frauen in Burkina Faso eine Basisbildung und eine fundierte Berufsausbildung zu ermöglichen, ist die Österreichische Jungarbeiterbewegung seit vielen Jahren im Land tätig. Das nun vorliegende Projekt beabsichtigt am Stadtrand der Hauptstadt Ouagadougou ein Trainingscenter einzurichten. Im Laufe von drei Jahren werden an diesem Standort zwanzig sozial benachteiligte junge Frauen im Alter von 15 bis 24 Jahren zu Schneiderinnen ausgebildet. In einem Basismodul werden die Frauen zunächst im Lesen, Schreiben, Rechnen und in Französisch geschult. In weiteren Lehrmodulen werden sie Wissen zur Gründung und Führung eines Kleinunternehmens erwerben. Dabei wird ein Fokus auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, Finanzierung und betriebswirtschaftliches Handeln gelegt.

Während der dreijährigen Ausbildungszeit ist den Teilnehmerinnen die Spezialisierung auf ein zukünftiges Berufsbild möglich. Besonders handwerklich und kreativ begabte Schülerinnen werden zu Schneidermeisterinnen ausgebildet, die in Zukunft ein selbstständiges Unternehmen führen können. Eine zweite Gruppe wird zu Lehrerinnen weiterqualifiziert. Sozial und pädagogisch begabte Schülerinnen durchlaufen eine Zusatzausbildung, die sie dazu befähigen wird, ihr Wissen und Können an andere Frauen weiterzugeben. Ebenso wird eine Fortbildung als Mentorin für Start-ups angeboten. Auf Grund der beschriebenen Maßnahmen zur Berufsqualifizierung von Frauen in Burkina Faso, ist das vorliegende Projekt in hohem Maß förderungswürdig.

2.2. Georgien



Projektland: Georgien
Hauptstadt: Tiflis
Größe: 69.700 km²
Einwohnerzahl: 3,9 Mio.
Sprachen: Georgisch, Abchasisch u.a.
Human Development Index (HDI): 0,76 (70.)

Projekträger: Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs

Laufzeit: 1. November 2017 bis 30. Oktober 2018

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: Psychosoziale Fachbetreuung in der Kinderklinik

Ausgangslage:

Georgien ist ein Nachfolgestaat der ehemaligen Sowjetunion und liegt im Kaukasus am Übergang von Europa nach Asien. Die Menschen in Georgien leiden noch immer an den Folgen der Bürgerkriege und wirtschaftlichen Krisen der letzten 25 Jahre. In den letzten Jahren wird von der Regierung ein vehementer Reformkurs vertreten, der zur Festigung von Demokratie und Rechtstaatlichkeit geführt hat. Trotz wirtschaftspolitischer Reformen ist die Zahl der Erwerbslosen mit geschätzten 40 Prozent sehr hoch, ebenso liegt die Anzahl der als arm geltenden Personen landesweit bei rund 25 Prozent.

Auch die medizintechnische und personelle Ausstattung der öffentlichen Krankenhäuser ist sehr prekär. Dies gilt insbesondere für die psychosoziale Betreuung von Kindern in den Spitälern.

Maßnahmen:

Der Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs wird daher in Zusammenarbeit mit dem Georgischen-Samariter-Bund ein einjähriges Projekt zur psychosozialen Fachbetreuung in der Kinderklinik Tiflis durchführen. Ziel ist es, einen Beitrag zur Verbesserung in der psychologischen Betreuung in der Notaufnahme des Spitals zu leisten. Dazu werden zwanzig AbsolventInnen der Hochschule für Psychologie durch ein spezielles Training zu sogenannten Child Life Specialists ausgebildet. Vier PsychologInnen werden nach Absolvierung der Zusatzausbildung eine fixe Anstellung an der Kinderklinik Tiflis erhalten. Im Rahmen eines Workshops wird auch das bereits an der Klinik tätige ärztliche und pflegerische Personal geschult.

In einer weiteren Projektphase werden die Räumlichkeiten in der Kinderaufnahmestation neu adaptiert und mit kindergerechten Möbeln ausgestattet. Zusätzlich werden noch therapeutische Materialien und sensomotorische Spielgeräte angeschafft. Schon in der Projektumsetzung werden 50 bis 70 Kinder direkt von einer besseren psychologischen Betreuung profitieren, durch den Aufbau von Kapazitäten wird aber der langfristige Nutzen noch größer sein. Das vorliegende Projekt stellt somit einen förderungswürdigen Beitrag zur Erreichung des Ziels 3 (Gesundheit und Wohlergehen) im Rahmen der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen dar.



Foto: ASBÖ

2.3. Indien



Projektland: Indien
Hauptstadt: Neu Delhi
Größe: 3.287.263 km²
Einwohnerzahl: 1,3 Mrd.
Sprachen: Englisch, Hindi u.a.
Human Development Index (HDI): 0,62 (131.)

Projektträger: HUMANA

Laufzeit: 1. November 2017 bis 31. Jänner 2019

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Mehr Ernte pro Tropfen“

Ausgangslage:

Die Provinz Rajasthan umfasst rund zehn Prozent der Fläche Indiens und hat eine Bevölkerung von rund 76 Millionen Menschen. Das aride Klima am Rand der Wüste Thar stellt die Landwirtschaft in dieser Region vor enorme Herausforderungen, die durch den Klimawandel und Bevölkerungszuwachs noch verschärft werden. Die Bewässerung der Felder, auf denen Perlhirse, Hülsenfrüchte, Ölsaaten und einige Fruchtarten angebaut werden, erfolgt über die Verwendung von Grundwasser.

Die Wasserentnahme aus den Brunnen übersteigt aber das Nutzungsniveau um das Doppelte, sodass der Grundwasserspiegel weiter sinkt, die Wasserknappheit ansteigt und die Bodenversalzung zunimmt. Die Folgen dieser nicht nachhaltig betriebenen Landwirtschaftsmethode sind sinkende Ernteerträge und Bodenerosion.

Maßnahmen:

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wird HUMANA in Zusammenarbeit mit der indischen Niederlassung des Vereins ein fünfzehnmonatiges Projekt zur Verbesserung der Anbaumethoden in fünf Dörfern in der Provinz Rajasthan umsetzen. Dazu werden 300 Männer und Frauen in Bauerngruppen bzw. Frauenselbsthilfegruppen organisiert. In Schulungen wird ihnen Wissen in den Gebieten Gartenbau, Ernährungssicherheit und Gesundheit vermittelt. Spezielle Trainings werden zur Nutzung von Regenwasser und zum Anlegen von Teichen erfolgen, ebenso wird die Verwendung von optimierten Bewässerungssystemen demonstriert. In den Dörfern werden darüber hinaus fünfzehn Übungsfelder angelegt, auf denen die neuen Nutzungsmethoden praktisch umgesetzt werden können. In zusätzlich 60 Schulungsgärten werden Maßnahmen zur Bodenfruchtbarkeit und effizienter Wassernutzung sowie der Anbau von salztolerantem Gemüse und Kräutern unterrichtet. Weiter Trainingsinhalte sind Lebensmittelverarbeitung, Hygiene und die spezielle Nahrungsmittelversorgung für stillende Mütter, Kinder und kranke Menschen. Ein wichtiger Aspekt des Projekts sind auch die Schulungen für Frauen zur Wahrnehmung ihrer Grundrechte. Das Projekt basiert auf bereits in der Region umgesetzten landwirtschaftlichen Trainings, ist in den nationalen Entwicklungsplan eingebunden und wird durch den erzielten Kapazitätsaufbau auch nach Abschluss eine nachhaltige Verbesserung der Lebens- und Einkommensverhältnisse der Bevölkerung in den fünf Dörfern darstellen.



Foto: Humana India

2.4. Indien (2)



Projektland: Indien
Hauptstadt: Neu Delhi
Größe: 3.287.263 km²
Einwohnerzahl: 1,3 Mrd.
Sprachen: Englisch, Hindi u.a.
Human Development Index (HDI): 0,62 (131.)

Projektträger: Light for the world international

Laufzeit: 1. November 2017 bis 31. Oktober 2018

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Augenmedizinische Versorgung in Assam“

Ausgangslage:

Obwohl Indien auf nationaler Ebene bereits beeindruckende Fortschritte bei der Bekämpfung von Blindheit gemacht hat, liegen die Bundesstaaten im abgelegenen Nordosten des Landes weit hinter dem nationalen Durchschnitt. Dies gilt besonders für den Bundesstaat Assam, dessen Bevölkerung unter einer mangelnden Gesundheitsversorgung leidet. Über 80 Prozent der Sehbehinderungen sind auf Grauen Star und Sehschwächen zurückzuführen, die mit operativen Eingriffen, Brillen oder Medikamenten leicht zu beheben wären. Besonders Kinder und Frauen sind von der augenmedizinischen Unterversorgung betroffen. Kinder, die stark kurz- oder weitsichtig sind und keine Brillen besitzen, können dem Unterricht nicht folgen und müssen den Schulbesuch frühzeitig abbrechen. Oft werden Augenkrankheiten bei Kindern nicht rechtzeitig erkannt und behandelt, sodass sie mit irreversiblen Folgeschäden leben müssen. Nach wie vor erblinden viele Kinder auch auf Grund eines Mangels an Vitamin A. Frauen haben wegen ihres niedrigeren gesellschaftlichen Ranges in der traditionellen Gesellschaft Assams einen

noch geringeren Zugang zu Untersuchungseinrichtungen und zu notwendigen Augenoperationen.

Maßnahmen:

Der Verein „Light for the world international“ wird daher in Zusammenarbeit mit der lokalen Partnerorganisation Bosco Reach Out ein einjähriges Projekt zur Sicherstellung der augenmedizinischen Versorgung in ländlichen Gebieten von Assam realisieren. Dazu werden in 40 einzurichtenden Screening-Camps rund 8.000 Menschen untersucht. Bei Bedarf werden Medikamente wie Augentropfen, Vitamin A oder Antibiotika ausgegeben oder Brillen zur Verfügung gestellt. Personen, die sich einer Operation unterziehen müssen, werden informiert und zum nächstgelegenen öffentlichen Spital transportiert. Da die Transportkosten für die PatientInnen oft eine enorme finanzielle Belastung darstellen, werden diese im Rahmen des Projekts abgedeckt. Die Kosten für die Operationen übernimmt der indische Staat. Durch diese Maßnahme werden rund 1.000 Operationen an Grauem Star ermöglicht. Weiters werden rund 6.500 Kinder an Schulen untersucht und im Bedarfsfall medizinisch versorgt. Ein eigenes Seminar wird für 70 LehrerInnen abgehalten, um sie in der Früherkennung von Augenerkrankungen bei Kindern zu schulen und notwendige Schritte einleiten zu können.



Foto: Light fort he world

2.5. Libanon



Projektland: Libanon
Hauptstadt: Beirut
Größe: 10.452 km²
Einwohnerzahl: 6,2 Mio.
Sprachen: Arabisch u.a.
Human Development Index (HDI): 0,76 (76.)

Projektträger: Diakonie Austria

Laufzeit: 1. Dezember 2017 bis 30. September 2018

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Resilienz durch verbesserte Mutter-Kind-Gesundheit stärken“

Ausgangslage:

Auf Grund des jahrelangen Bürgerkrieges in Syrien leben derzeit mehr als zwei Million Menschen als Flüchtlinge im Nachbarland Libanon. Rund eine Million sind beim UNHCR registriert und haben Unterkunft in Zeltlagern in der Bekaa-Ebene oder in Gemeinden gefunden. Etwa 70 Prozent der Flüchtlinge sind Frauen und Kinder. Durch den rapiden Anstieg der Bevölkerung im Libanon ist die Gesundheitsversorgung sowohl der Einheimischen als auch der Menschen aus Syrien äußerst prekär. Besonders die medizinische Versorgung von Schwangeren und Müttern mit Neugeborenen ist kaum gegeben, wodurch es zu Krankheiten und Todesfällen auf Grund von verunreinigtem Trinkwasser, fehlender Hygiene und falscher Fütterungspraxis kommt. Zwar bestehen im Libanon 200 primäre Gesundheitsversorgungszentren, die sich um die Mutter-Kind-Gesundheit kümmern, doch diese Einrichtungen sind längst an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen.

Maßnahmen:

Die Diakonie Austria wird daher in Zusammenarbeit mit der vor Ort tätigen Organisation „International Orthodox Christian Charities (IOCC)“ ein sechsmonatiges Projekt zur Verbesserung der Mutter-Kind-Gesundheit in zwei Regionen in der libanesischen Bekaa-Ebene umsetzen. Zwei Gesundheitsexpertinnen werden an einem bestehenden Gesundheitszentrum die prä- und postnatale Betreuung von syrischen PatientInnen gewährleisten. In Schulungen werden 200 Frauen zum Thema sexuelle und reproduktive Gesundheit unterrichtet. In einer zweiten Projektphase erhalten zehn Mütter ein intensives Training in Praktiken der Mutter-Kind-Gesundheit, das sie als Multiplikatorinnen an jeweils zehn weitere Frauen vermitteln werden. So werden insgesamt 100 Mütter in zwei Mother Care Groups von Maßnahmen profitieren. Durch den Peer-to-Peer Ansatz wird sichergestellt, dass die Inhalte der Trainings umgesetzt und beibehalten werden. Die bewusstseinsbildenden Aktivitäten werden dazu beitragen, nicht nur einzelnen Müttern notwendiges Wissen zu vermitteln, sondern in der Gemeinschaft grundlegendes Wissen rund um das Thema Schwangerschaft und Geburt nachhaltig aufzubauen. Das vorliegende Projekt ist eng mit dem bestehenden libanesischen Gesundheitssystem abgestimmt und stellt eine dringend notwendige Erweiterung für eine extrem marginalisierte Gruppe dar.



Foto: Diakonie

2.6. Myanmar



Projektland: Myanmar
Hauptstadt: Naypyidaw
Größe: 676.578 km²
Einwohnerzahl: 55 Mio.
Sprachen: Birmanisch u.a.
Human Development Index (HDI): 0,55 (145.)

Projektträger: SONNE-International

Laufzeit: 1. November 2017 bis 31. Oktober 2019

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Errichtung eines Förderzentrums für Straßenkinder“

Ausgangslage:

Seit einigen Jahren befindet sich das südostasiatische Land Myanmar in einem Prozess der politischen und wirtschaftlichen Transformation. Nach fast 60 Jahren Militärdiktatur und einer Politik der Abschottung ist Myanmar zu einer Demokratie geworden, die sich auch in ökonomischer Hinsicht öffnet. Doch die kriegerischen Auseinandersetzungen in den Randgebieten des Landes gehen noch immer weiter und die soziale Situation für die ärmsten Bevölkerungsschichten verschärft sich sogar. In Folge des zarten wirtschaftlichen Aufschwunges sind die Lebenshaltungskosten und besonders die Preise für Lebensmittel um ein Mehrfaches gestiegen. Ebenso ist der Bildungssektor stark vernachlässigt und kaum in der Lage, den Kindern die laut Verfassung garantierte kostenlose Schulbildung angedeihen zu lassen. Auf Grund dieser Situation tritt das Phänomen der Straßenkinder immer stärker auf. Die schwierige finanzielle Situation vieler Familien führt dazu, dass Kinder ihre Eltern verlassen und im informellen Sektor einer Tätigkeit nachgehen müssen. Dabei leben und schlafen sie auf der Straße und müssen

durch Betteln, Müllsammeln oder andere Arbeiten selbst ihr Einkommen zum Überleben erwirtschaften.

Maßnahmen:

Um den Straßenkindern in der Stadt Yangon einen kindergerechten Aufenthaltsort zu schaffen, wird SONNE-International gemeinsam mit der lokalen Zweigstelle ein Bauvorhaben zur Errichtung einer Tagesbetreuungsstätte realisieren. Dieses Tageszentrum wird 40 Kindern und Jugendlichen im Alter von sechs bis achtzehn Jahren täglich zur Verfügung stehen und ein Ort sein, an dem sie Zugang zu Bildung, Hygiene und Nahrung haben werden. Mit der Förderung der Stadt Wien wird in einer ersten Phase das Hauptgebäude errichtet, ab 2019 werden durch andere Förderungen noch weitere Zubauen wie Küche, Scheidereiwerkstatt und Sportplatz erfolgen. Im Endausbau wird das Zentrum für 40 Straßenkinder Wohn- und Bildungsort sein, 60 Jugendlichen das Erlernen des Schneiderhandwerks ermöglichen und mit Hilfe der Großküche 100 Mahlzeiten zur Verfügung stellen. Im Sinne der entwicklungspolitischen Kohärenz ist dieses Bauvorhaben zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur insofern von Bedeutung, als sich an diesem Projekt auch die Bundesländer Steiermark, Kärnten und Vorarlberg finanziell beteiligen.



Foto: SONNE International

2.7. Nepal



Projektland: Nepal
Hauptstadt: Kathmandu
Größe: 147.181 km²
Einwohnerzahl: 28,8 Mio.
Sprachen: Nepali u.a.
Human Development Index (HDI): 0,55 (144.)

Projektträger: PHASE Austria

Laufzeit: 1. November 2017 bis 31. Oktober 2019

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Ernährungssicherheit für Mugu“

Ausgangslage:

Nepal ist ein südasiatisches Entwicklungsland, in dem 44 Prozent der Bevölkerung von multidimensionaler Armut betroffen sind. Erhebliche Rückschläge bei der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung gab es durch die Folgen des Bürgerkrieges, der 2006 beendet werden konnte, durch eine instabile politische Situation sowie durch die schweren Schäden, die das Erdbeben im Jahr 2015 hinterließ. In den Hochgebirgsregionen von Nepal kommen eine kaum vorhandene Verkehrsinfrastruktur, der Mangel an Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie die Folgen des Klimawandels als weitere Entwicklungshemmnisse hinzu. Nur die Hälfte der Haushalte Nepals verfügt über eine ganzjährige Ernährungssicherheit, dementsprechend sind Mangel- und Unterernährung weit verbreitet. Diese dramatische Situation gilt insbesondere für den schwer zugänglichen Westen des Landes, in dem auch der Bezirk Mugu liegt. Die BewohnerInnen dieser Region leiden unter einer noch größeren Armut als im nationalen Durchschnitt. Beispielsweise sind in Mugu schon 50 Prozent aller Kinder unter

fünf Jahren unterernährt und 90 Prozent der Haushalte verfügen über keine ganzjährige Ernährungssicherheit.

Maßnahmen:

Zur Verbesserung der Nahrungsmittelsicherheit in dieser besonders benachteiligten Region, wird PHASE Austria in Kooperation mit der lokalen Partnerorganisation ein zweijähriges Projekt umsetzen. Ziel ist es, 150 Bäuerinnen und Bauern in zwei Gemeinden durch Fortbildung und materielle Hilfe die Grundlage zur dauerhaften Selbstversorgung mit Lebensmittel zu schaffen und durch den Verkauf von Überschüssen auch ein kleines Einkommen zu erwirtschaften. Dazu werden Material für Folientunnel, Gras- und Gemüsesamen zur Diversifizierung der Ernährung sowie Hühnerküken zur Verfügung gestellt, um den Eier- und Fleischertrag zu erhöhen und die Proteinversorgung zu verbessern. Die am Projekt Teilnehmenden erhalten ein Training in Saatgutproduktion, um eine nachhaltige Wirtschaft zu erzielen. Umgerechnet auf die durchschnittliche Haushaltsgröße werden rund 860 Personen direkt von einer Verbesserung der Ernährung profitieren.

Das Projekt leistet damit einen wertvollen Beitrag zur nachhaltigen Stabilisierung des nepalesischen Agrarsektors und ist in Anbetracht der Lebenssituation der Bevölkerung von besonderer Dringlichkeit.



Foto: PHASE Austria

2.8. Sambia



Projektland: Sambia
Hauptstadt: Lusaka
Größe: 752,618 km²
Einwohnerzahl: 16,7 Mio.
Sprachen: Englisch, Bemba, Nyanja u.a.
Human Development Index (HDI): 0,57 (139.)

Projektträger: Johanniter Unfallhilfe in Österreich

Laufzeit: 1. November 2017 bis 31. März 2019

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Verbesserung der Mutter-Kind-Gesundheit“

Ausgangslage:

Die Republik Sambia ist ein Binnenstaat im südlichen Afrika und zählt rund sechzehn Millionen EinwohnerInnen. Fast zwei Drittel der Bevölkerung leben unter der nationalen Armutsgrenze von 1,9 US-Dollar pro Tag.

Eines der größten Probleme Sambias auf dem Gesundheitssektor ist die hohe Mütter- und Kindersterblichkeit. Nach Angaben der Weltbank aus dem Jahr 2015, sterben 43 von 1.000 Kindern, die in Sambia geboren werden, noch vor ihrem ersten Geburtstag. Das ist eine um vierzehn Mal höhere Sterblichkeitsrate als in Österreich. Noch dramatischer ist die Situation für werdende oder junge Mütter. Die Wahrscheinlichkeit wegen Komplikationen bei der Schwangerschaft oder bei der Geburt zu sterben, ist in Sambia um 230 Mal höher als in Österreich. Im Durchschnitt stirbt dort eine von 79 Frauen aufgrund prä- oder postnataler Komplikationen.

Maßnahmen:

Um einen Beitrag zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Frauen und Neugeborenen zu leisten, werden die Johanniter in Kooperation mit der lokalen Partnerorganisation „St. John Zambia“ ein vierzehnmonatiges Projekt umsetzen. Das Zielgebiet ist der Ort Kayosha sowie die zum Einzugsgebiet zählenden 46 Dörfer, in denen insgesamt 15.000 Menschen leben. In Kayosha existiert bislang nur eine kleine Gesundheitsstation mit vier Betten. In einer ersten Projektphase wird zunächst die technische Infrastruktur verbessert. Es werden Möbel, einfache medizintechnische Geräte und Bettwäsche angeschafft. Um die Nachfrage nach angemessener Gesundheitsversorgung zu steigern, werden 55 freiwillige SozialarbeiterInnen in Erster Hilfe und in grundlegender Mutter-Kind-Gesundheit ausgebildet. Diese werden in der Folge während der Projektlaufzeit rund 1.900 Schwangere und junge Mütter aufsuchen und beraten. Zusätzlich werden elf Gesundheitskomitees eingerichtet, die Frauen aus besonders armen Familien durch die Abgabe von Nahrungsmitteln unterstützen werden.

In einer weiteren Projektphase werden 3.300 Jugendliche und junge Erwachsene in Familienplanung, Hygiene und Mutter-Kind-Gesundheit unterrichtet. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit traditionellen und lokalen Autoritäten durchgeführt. Aufgrund der guten Einbeziehung in den nationalen Entwicklungsplan und der hohen Relevanz in Bezug auf die Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, ist das Projekt von hohem entwicklungspolitischen Wert.



Foto: St. John Zambia

2.9. Senegal



Projektland: Senegal
Hauptstadt: Dakar
Größe: 196.712 km²
Einwohnerzahl: 15,6 Mio.
Sprachen: Französisch, Wolof, Serer u.a.
Human Development Index (HDI): 0,49 (162.)

Projektträger: Horizont 3000

Laufzeit: 1. November 2017 bis 31. Oktober 2018

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Resilienz und Ernährungssicherheit von KleinbäuerInnen“

Ausgangslage:

Im westafrikanischen Staat Senegal sind die negativen Auswirkungen des Klimawandels deutlich spürbar. Die Regenperioden werden kürzer und der Abstand zwischen den Regenfällen größer. Dürreperioden und Überschwemmungen treten immer häufiger auf und führen zu dramatischen Rückgängen bei der Agrarproduktion.

Im Süden des Landes, in dem die Bevölkerung hauptsächlich vom Mais- und Reisanbau lebt, sind in den vergangenen zehn Jahren die Ernteerträge stark zurückgegangen. Infolgedessen ist die Nahrungsmittelsicherheit der Menschen nicht mehr über das ganze Jahr gegeben. Da die Zeit zwischen den Ernten immer länger wird, brauchen die Familien der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ihre Getreidereserven vollständig auf und leiden oft an Hunger. Aktuell sind im Bezirk Kolda im Süden des Senegals sieben Prozent der Menschen mangel- bzw. unterernährt.

Maßnahmen:

Um diese Periode des Versorgungsengpasses zu verkürzen und die Resilienz der in der Landwirtschaft tätigen Familien zu stärken, wird HORIZONT 3000 mit einer senegalesischen Partnerorganisation ein einjähriges Projekt in fünf Gemeinden des Bezirks Kolda mit 930 ausgewählten ProduzentInnen, davon mindestens 50 Prozent Frauen, umsetzen. Hauptziel ist es, den Umstieg auf die dürreresistente Hirsesorte SUNA3 im Interventionsgebiet zu realisieren. Diese Getreideart wird bereits mit Erfolg in der Nachbarregion angebaut und soll daher auch im Bezirk Kolda eine Diversifikation der Anbauprodukte bewirken und die Nahrungsmittelsicherheit gewährleisten. Die Bäuerinnen und Bauern erhalten dazu ein intensives Training, bei dem auch die Verwendung von biologischen Düngemitteln und von natürlichen Methoden der Schädlingsbekämpfung unterrichtet wird.

Eine weitere Komponente des Projekts ist die Stärkung der Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Behörden, die bislang nur selten als Anlaufstellen für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern fungieren. Sensibilisierungsworkshops zum Thema Frauenrechte, vor allem im Bereich der Landnutzungsrechte für Frauen und Gleichberechtigung in der Gesellschaft, werden ebenfalls Teil des Projekts sein. Aufgrund des zu erwartenden Kapazitätsaufbaues im Bereich der nachhaltigen Landwirtschaft unter den Aspekten des Klimawandels sowie der Maßnahmen zur Stärkung von Frauenrechten, ist dieses Projekt besonders unterstützenswert.



Foto: Horizont3000

2.10. Sierra Leone



Projektland: Sierra Leone
 Hauptstadt: Freetown
 Größe: 71,740 km²
 Einwohnerzahl: 6,1 Mio.
 Sprachen: English, Mende, Temne, Krio u.a.
 Human Development Index (HDI): 0,42 (179.)

Projektträger: FIAN Österreich

Laufzeit: 1. November 2017 bis 31. Jänner 2019

Förderung: EUR 15.000,-

Titel: „Resilienz von KleinbäuerInnen stärken“

Ausgangslage:

Das westafrikanische Land Sierra Leone steht vor großen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Ernährungssicherheit. Die lokale Produktion von Reis, dem wichtigsten Grundnahrungsmittel, kann die nationalen Bedürfnisse nicht decken, sodass das Land ein Nettoimporteur von Lebensmitteln ist. Während die Regierung beteuert, die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu fördern, in der zwei Drittel der Bevölkerung arbeiten, gestattet sie auch große Investitionen in Landwirtschaftsprojekte durch ausländische Firmen. Schon derzeit befinden sich rund eine Million Hektar Land, die 18 Prozent der Agrarfläche ausmachen, im Besitz dieser Konzerne. Auf den Flächen werden Plantagen für Zuckerrohr zur Ethanolproduktion, Palmen zur Speiseölgewinnung und Gummibäume zur Kautschukproduktion angelegt. Diese Vorgangsweise, die oft als Land Grabbing bezeichnet wird, führt dazu, dass die Menschen immer weniger Land für die Subsistenzlandwirtschaft zur Verfügung haben bzw. von ihren Anbauflächen vertrieben werden. Infolgedessen gilt bereits ein Fünftel der Bevölkerung als unterernährt. Fast 30

Prozent der Kinder unter fünf Jahren gelten nach internationalen Standards als chronisch unterernährt.

Maßnahmen:

Um die Resilienz der kleinbäuerlichen Bevölkerung in Sierra Leone zu stärken, wird FIAN Österreich in Kooperation mit dem „Sierra Leone Network on the Right to Food“ in 25 Gemeinden ein Projekt mit der Laufzeit von fünfzehn Monaten umsetzen. In einer ersten Phase werden die Menschen in den Gemeinden über ihre Rechte informiert und erhalten Trainings für den Umgang mit multinationalen Agrarkonzernen. Ziel ist es, in Anbetracht der Ausweitung der industriellen Landwirtschaft, mit der Bevölkerung Ausgleichsmaßnahmen zu entwickeln, den zukünftigen Zugang zu Land zu planen und die Ernährungssicherheit für die Zukunft sicherzustellen. Insbesondere wird auf Landnutzungsrechte für Frauen geachtet werden.

In einer zweiten Phase erfolgen Schulungen für Bäuerinnen und Bauern, die in einem Modell der Vertragslandwirtschaft beispielsweise Cassava produzieren. Bislang haben die Menschen kaum Erfahrungen mit diesem System, bei dem die Gefahr besteht, dass die Böden durch die Monokulturen veröden und die notwendige Nahrungsmittelproduktion für den Eigenbedarf vernachlässigt wird. Hier gilt es, neue Wissenskapazitäten aufzubauen und die landwirtschaftliche Produktion der Haushalte zu stärken. In einer dritten Projektphase werden auch 25 Agrargenossenschaften gegründet, die eine diversifizierte Lebensmittelproduktion ermöglichen sollen.



Fotos: FIAN

2.11. Simbabwe



Projektland: Simbabwe
Hauptstadt: Harare
Größe: 390,757 km²
Einwohnerzahl: 13,8 Mio.
Sprachen: Englisch, Shona, Ndebeleu.a.
Human Development Index (HDI): 0,51 (154.)

Projektträger: Hilfswerk Austria

Laufzeit: 1. November 2017 bis 31. Oktober 2018

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Klimaresistente Gemeinden“

Ausgangslage:

Die Menschen in Simbabwe leiden in mehrfacher Hinsicht unter den Folgen einer fehlgeleiteten staatlichen Landpolitik und an den Auswirkungen des Klimawandels.

Gegenwärtig leiden rund vier Millionen Menschen in Simbabwe auf Grund der lange anhaltenden Dürreperioden bzw. der darauf folgenden Überschwemmungen unter Lebensmittelknappheit. Zwei Drittel der Bevölkerung leben in ländlichen Gebieten und sind direkt von den Ernteerträgen abhängig. Ohne konkrete Maßnahmen, die die Widerstandsfähigkeit der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in einer Zeit des sich dramatisch verändernden Weltklimas stärkt, können Armut und Unterernährung in diesem Land nicht beseitigt werden.

Maßnahmen:

Das Hilfswerk Austria International wird daher in Kooperation mit der simbabwischen Niederlassung ein einjähriges Projekt zur Verbesserung der Resilienz in der Landwirtschaft starten. Im Bezirk Chimanimani werden die Mitglieder von 100 Haushalten im Anbau, Veredelung, Lagerung und Verpackung von dürreresistenten Pflanzen geschult. Der Anbau von Pflanzen wie z.B. Amaranth, Cassava, Chili und Sesam wird gefördert und erfolgt mit PartnerInnen aus dem Privatsektor für die Vermarktung. Eine weitere alternative Einkommensquelle für die lokale Bevölkerung liegt im Sammeln und Vermarkten von in der Wildnis natürlich vorkommenden Pflanzen. Diese können als Ergänzung zur Ernährung herangezogen werden oder für die Weiterverarbeitung an die südafrikanische Lebensmittelindustrie und für die Kosmetikbranche geliefert werden.

Die Projektaktivitäten richten sich an die am meisten verletzlichen Bevölkerungsschichten wie etwa Haushalte, die von Frauen geführt werden. Insgesamt werden 500 Menschen direkt von den Projektmaßnahmen profitieren, davon rund 70 Prozent Frauen. Im Sinne der Nachhaltigkeit werden die Menschen nach dem Projektende die Fähigkeit besitzen, weiterhin diese Agrarprodukte herzustellen bzw. die Pflanzen zu sammeln und zu vermarkten. Das vorliegende Projekt ist in hohem Maß geeignet, durch die Förderung von Biodiversität und klimatisch angepasster Landwirtschaftsmethoden einen Beitrag zur Überwindung der Armut zu leisten.



Foto: Hilfswerk Austria

2.12. Tansania



Projektland: Tansania
Hauptstadt: Dodoma
Größe: 947,300 km²
Einwohnerzahl: 54 Mio.
Sprachen: Englisch, Swahili, Kiunguja u.a.
Human Development Index (HDI): 0,53 (151.)

Projektträger: Entwicklungshilfe-Klub

Laufzeit: 1. November 2017 bis 31. Oktober 2019

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Nachhaltige Entwicklung durch finanzielle Sicherheit“

Ausgangslage:

Das ostafrikanische Land Tansania zählt zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt und liegt beim Human Development Index der Vereinten Nationen nur auf Rang 151 bei 188 erfassten Staaten. Mehr als 70 Prozent der rund 54 Millionen zählenden Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig, wobei die Menschen weniger als 1,50 Euro pro Tag verdienen. Armut, Bevölkerungswachstum und kleiner werdende Agrarflächen pro Haushalt erschweren den Aufbau eines nachhaltigen Agrarsektors, der den Menschen Arbeit und Einkommen bieten kann. Da der Großteil der Bevölkerung keinen Zugang zu Finanzinstitutionen hat, fehlt das Geld für Investitionen in die Landwirtschaft. Mangelnde Kenntnisse im wirtschaftlichen Führen einer Farm sowie die Folgen des Klimawandels, der zu immer heftigeren Wetterextremen führt und neue Anbaumethoden unumgänglich macht, stellen Tansania vor große Herausforderungen.



Maßnahmen:

Um dem fehlenden Zugang zu Kapital für Investitionen im kleinbäuerlichen Sektor entgegenzuwirken, wird der Entwicklungshilfe-Klub gemeinsam mit der lokalen Nicht-Regierungsorganisation Sustainable Agriculture Tanzania (SAT) ein zweijähriges Projekt nach dem Prinzip „Sparen und Leihen“ umsetzen. Ziel ist es, den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, welche nur über geringe finanzielle Ressourcen verfügen und kein Bankkonto besitzen, Zugang zu Krediten zu bieten. Dies soll ihnen den Ankauf von Werkzeugen und anderen Produktionsmitteln sowie die Pacht von zusätzlichen landwirtschaftlichen Flächen ermöglichen. Die MitarbeiterInnen von SAT haben bereits in über 50 Dörfern erfolgreich Spar- und Leihgruppen eingeführt. Im vorliegenden Projekt sollen nun weitere 30 Gruppen mit 750 Bäuerinnen und Bauern, die bereits in landwirtschaftlichen Modulen ausgebildet worden sind, in das organisierte Sparen und Leihen eingeführt werden. Das Prinzip besteht einerseits aus dem Sozialfonds und andererseits aus dem Investmentfonds. Jede Woche zahlen alle Mitglieder einen von der Gruppe vereinbarten Betrag in den Sozialfonds ein. Dieser Fonds wird als eine Art Grundversicherung verwendet und steht für medizinische und andere Notfälle den Gruppenmitgliedern zur Verfügung.

Der zweite Fonds bietet durch das Einzahlen von Geldmengen als Spareinlagen und durch die Vergabe von Darlehen die Möglichkeit für Investitionen. Diese Kleinkredite müssen innerhalb von drei Monaten mit einem Zinssatz von 10 Prozent zurückgezahlt werden. Ein Gruppenmitglied kann sich in der Regel den dreifachen Betrag seiner eingezahlten Spareinlagen ausleihen. Nach Abschluss eines Jahres wird der Gesamtbetrag aus Zinsen und Spareinlagen aller Mitglieder zusammengerechnet und proportional zu den von den Mitgliedern erworbenen Anteilen ausbezahlt. Der Besitz von fünf Prozent des Gesamtbetrages an Anteilen führt zur Auszahlung der eigenen Spareinlagen zusammen mit fünf Prozent der Gesamteinnahmen durch die Zinszahlungen.

Diese Art der Verteilung ermöglicht es den Gruppenmitgliedern, mit einem gesicherten Gewinn zu rechnen und Investitionen ohne Restriktionen von außen tätigen zu können.

Das Projekt umfasst auch eine weitere Komponente, bei der fünf bereits bestehende Spargruppen zu einer Genossenschaft zusammengeführt werden, um eine alternative Gemeinschaftsbank zu gründen. Diese soll der erste Dachverband dieser Art in Ostafrika werden und es den teilnehmenden Gruppen ermöglichen, höhere Beträge zu sparen und Kredite mit längeren Laufzeiten zu erhalten.

Mit den Fördermitteln der Stadt Wien werden die Workshops und Trainings, die für die Umsetzung des Projekts notwendig sind, finanziert, die Spareinlagen kommen ausschließlich von den Bäuerinnen und Bauern.



Foto: Entwicklungshilfe-Klub

2.13. Uganda



Projektland: Uganda
Hauptstadt: Kampala
Größe: 241,038 km²
Einwohnerzahl: 39,5 Mio.
Sprachen: Englisch, Luganda u.a.
Human Development Index (HDI): 0,49 (163.)

Projektträger: ADRA

Laufzeit: 1. November 2017 bis 31. Oktober 2019

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Einkommen und Identität für Batwa“

Ausgangslage:

Uganda, ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, hat in den letzten Jahren zahlreiche positive Tendenzen wie beispielsweise Wirtschaftswachstum, Steigerung der Lebenserwartung und des Pro-Kopf-Einkommens verzeichnen können. Mit einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 3,3 Prozent gehört das rund 40 Millionen EinwohnerInnen zählende Uganda zu den am schnellsten wachsenden Ländern. Dieses rasante Wachstum bei gleichzeitiger Verknappung der verfügbaren Siedlungs- und Agrarflächen betrifft in negativer Weise vor allem die indigene Volksgruppe der Batwa.

Die Batwa bewohnten bis zum Beginn der 1990er Jahre in einer traditionellen Lebensweise die Wälder Südwest-Ugandas. Durch die Abholzung der Wälder und den Siedlungsdruck mussten die letzten 3.000 Batwa ihr Wohngebiet verlassen. Im Einzugsgebiet der Kleinstadt Kisoro leben derzeit 1.600 Batwa, die auf Hilfslieferungen angewiesen sind. Ohne Land und ohne Ausbildung



haben sie keine Chance, für ihren Lebensunterhalt selbst aufzukommen. Auf Grund der nicht vorhandenen Basisbildung und der fehlenden ökonomischen Grundlage leben sie in extremer Armut. Von den Einnahmen, die im nahe gelegenen Gorilla-Nationalpark getätigt werden, in dem sie einst auch als Jäger und Sammler lebten, profitieren sie nicht.

Maßnahmen:

ADRA Österreich wird daher gemeinsam mit ADRA Uganda, basierend auf einer ersten Bestandsaufnahme und in Abstimmung mit den lokalen Behörden, ein zweijähriges Projekt in Kisoro zur nachhaltigen Schaffung einer ökonomischen Basis für die Batwa umsetzen. Kern des Projekts ist der Aufbau eines „lebenden Museums“. Dabei werden die Mitglieder von 30 Batwa-Haushalten im Aufbau und Betreiben eines Freilichtmuseums unterstützt. Das Projekt wird einen sozial verantwortlichen Tourismus fördern, der nicht ausbeutet, zerstört oder sogar die Batwa-Kultur entmenschlicht. Das Lebende Museum wird einerseits ausländischen TouristInnen die Tradition der Batwa durch die Darstellungen von Handwerk, Tanz und Drama vermitteln und andererseits auch die ugandische Gesellschaft über das reiche kulturelle Erbe dieses Volkes informieren. Dazu wird ein großes Grundstück erworben, auf dem ein geschützter Wald entsteht und traditionelle Hütten errichtet werden. Mit der Einrichtung des Lebenden Museums werden die Batwa erstmals die Möglichkeit haben, selbstbestimmt auf ihrem eigenen Land und zu ihren eigenen Bedingungen Aktivitäten zu setzen und ein Einkommen aus den Eintrittsgeldern und aus dem Verkauf von Kunsthandwerk zu lukrieren. Das Projekt wird sicherstellen, dass die Einnahmen aus dem Museum zu 70 Prozent an die Community zurückfließen, 20 Prozent als Rücklagen für Erhaltungsarbeiten verwendet werden und 10 Prozent in einen Fonds fließen, aus dem für Batwa-Kinder das Schulgeld bezahlt werden kann. Das Konzept des Lebenden Museums hat sich in Namibia in den letzten zehn Jahren sehr gut als Einkommensquelle für ethnische Minderheiten bewährt und soll nun auch in Uganda Anwendung finden.

Ein zweiter Projektteil wird auch zur Verbesserung der Nahrungsmittelsicherheit der Batwa erfolgen. Dazu werden sechs sogenannte Schaf-Banken mit je dreizehn Tieren eingerichtet. Die Mitglieder von 90 Haushalten erhalten Schulungen in der Haltung, Pflege und Versorgung von Schafen sowie in der Vermarktung tierischer Produkte. Nach der zweijährigen Projektlaufzeit werden rund 290 Lämmer geboren worden sein, von denen 120 an weitere begünstigte Familien abgegeben werden. Ein drittes Ziel des Projekts ist auch die weitere Alphabetisierung dieser Zielgruppe. Dazu werden sechs Lerngruppen mit je 30 erwachsenen Frauen und Männern eingerichtet. Weiters wird der Schulbesuch von 300 Kindern unterstützt. Das vorliegende Projekt ist somit in hohem Maß geeignet, eine besonders marginalisierte ethnische Gruppe bei der Verbesserung ihrer Lebensumstände zu unterstützen.



Foto: ADRA

2.14. Uganda (2)



Projektland: Uganda
Hauptstadt: Kampala
Größe: 241,038 km²
Einwohnerzahl: 39,5 Mio.
Sprachen: Englisch, Luganda u.a.
Human Development Index (HDI): 0,49 (163.)

Projektträger: Österreichisch - Ugandische Freundschaftsgesellschaft

Laufzeit: 4. Dezember 2017 bis 31. August 2018

Förderung: EUR 15.000,-

Titel: „Schulgebäude für die Nyakishenyi High School“

Ausgangslage:

Das ostafrikanische Land Uganda hat in den letzten Jahren eine positive Entwicklung erlebt, trotzdem bleiben enorme Herausforderungen bestehen, da das Land laut dem Human Development Index (HDI) nur an 163. Stelle von 188 erfassten Staaten gereiht ist. Mehr als die Hälfte der rund 40 Millionen EinwohnerInnen Ugandas ist jünger als zwanzig Jahre und geht keiner formalen Beschäftigung nach. Rund 80 Prozent der Menschen leben von der Subsistenzlandwirtschaft. Dem Bildungssektor kommt daher bei der Verbesserung der Lebensumstände in Zukunft eine verstärkte Bedeutung zu.

Maßnahmen:

Die Österreichisch-Ugandische Freundschaftsgesellschaft wird daher in Zusammenarbeit mit einer lokalen Schulverwaltung die Errichtung eines Schulgebäudes an der Nyakisheyi High School umsetzen. Der Projektort liegt im Bergland des Rukungiri Distrikts rund 400 Kilometer westlich der Hauptstadt Kampala. Derzeit besuchen 192 Mädchen und 158 Burschen die Schule. Sie ist eine gemischte Tages- und Internatsschule und verfügt über einen angeschlossenen Schulbauernhof zu Lehrzwecken. Das bestehende Schulgebäude ist auf Grund des Alters und wegen Termitenbefalls stark einsturzgefährdet. Da das Gebäude während der Regenzeit nicht benutzbar ist, leidet die schulische Ausbildung der Kinder unter diesem baulichen Mangel. Aus staatlichen Mitteln ist an eine Sanierung aufgrund der enormen Bedürfnisse im ganzen Land nicht zu denken. Die Eltern, die meist nur über geringe Einkommen aus der Landwirtschaft verfügen, müssen selbst für die Kosten der Hälfte des Lehrpersonals aufkommen. Diese Investition in das ugandische Bildungswesen ist daher ein förderungswürdiger Beitrag zur Erreichung der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen.

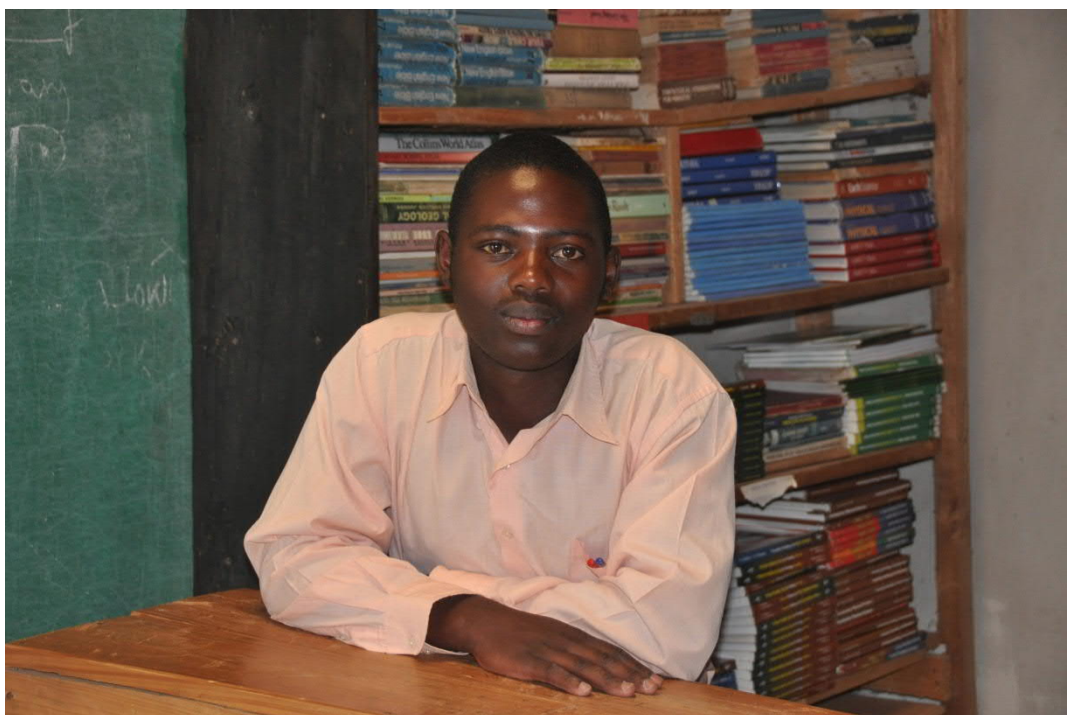


Foto: BOB



3. ENTWICKLUNGSPOLITISCHE FACHTAGUNG

Anlässlich der entwicklungspolitischen Fachtagung der Stadt Wien sprachen am 4. Dezember 2017 im Wiener Rathaus internationale ExpertInnen zu aktuellen Fragen rund um das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung. Weltweit leben rund eine Milliarde Menschen mit einer Behinderung, 80 Prozent davon in Ländern des Globalen Südens. Behinderungen und Armut sind eng miteinander verbunden: Einerseits können Mangelernährung und fehlende gesundheitliche Versorgung zu dauerhaften Behinderungen führen, andererseits tragen Behinderungen zu Armut bei. Da Betroffene auf vielen Ebenen benachteiligt sind, ist besonders der Zugang zu Bildung erschwert und in Folge dessen die Chance auf dem Arbeitsmarkt erheblich eingeschränkt.

Leitmotiv der SDGs muss umgesetzt werden

Um die weltweite Situation von Menschen mit Behinderung zu verbessern und deren Rechte zu stärken, wurde 2006 die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung verabschiedet. Auch in den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs), zu deren Umsetzung sich alle UN-Staaten bekannt haben, wurde die Einbindung von Menschen mit Behinderung verankert. Trotzdem sind wir in vielen Teilen der Welt von einer inklusiven Gesellschaft noch weit entfernt. Victoria Lee vom Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) in Genf unterstrich in ihrem Vortrag die Wichtigkeit der sozioökonomischen Inklusion, auf die die Menschen mit Behinderung einen international garantierten Anspruch haben. Der ehemalige Nationalratsabgeordnete Franz-Josef Huanigg brachte bewegende Beispiele von umgesetzter Inklusion aus Äthiopien bzw. aus Albanien. Weiters plädierte er für mehr Investitionen in den Bereichen Ernährungssicherheit und Gesundheit sowie für eine Verschränkung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit.



Best Practices der Inklusion

Die Fachtagung thematisierte mit Vorträgen von internationalen Gästen auch die Fragen, wie eine inklusive Gesellschaft möglich sein kann und welche Rahmenbedingungen es für ein selbstbestimmtes Leben braucht. Shitaye Astawes, Expertin für Behindertenrechte in Äthiopien, stellte in diesem Zusammenhang das EU-Projekt „Bridging the gap - Disability and Inclusion in Ethiopia“ vor. Johanna Mang von der Organisation „Licht für die Welt“ unterstrich in ihren Ausführungen die multidimensionale Armut von Menschen mit Behinderung, die es zu überwinden gilt. Rund 90 Prozent der Kinder mit einer Behinderung, die in einem Entwicklungsland leben, können nicht die Schule besuchen und bleiben somit auf Dauer von Bildung, Arbeit, Einkommen und Gesundheitsversorgung ausgeschlossen. Interessante Erfahrungen konnte Anja Pfaffenzeller einbringen, die als selbst Betroffene, zwei Jahre in der Berufsförderung für Blinde und Sehbehinderte in Brasilien tätig war.

Abschließend wurden die beeindruckenden Ergebnisse eines von der Stadt Wien kofinanzierten Projekts der Volkshilfe in der Republik Moldau von Julia Webinger referiert. Dabei ist es gelungen, Menschen mit Behinderung eine Ausbildung im Bereich Gastronomie zu ermöglichen und diese langfristig am Arbeitsmarkt unterzubringen.



Fotos: MA 27

EINLADUNG ZUR ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN TAGUNG

Leave no one behind!

Inklusion in der Entwicklungszusammenarbeit



Montag, 4. Dezember 2017, 16:00 – 19:30 Uhr
Wiener Rathaus, Wappensaal

Foto © Gregor Kuntscher

SÜDWIND
Wien



Magistratsabteilung 27
Europäische Angelegenheiten

StadT+Wien
Wien ist anders.

4. ENTWICKLUNGSPOLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Die Stadt Wien unterstützt seit vielen Jahren im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Wien das Südwind Straßenfest. Diese Veranstaltung bietet einem breiten Publikum die Möglichkeit, sich über entwicklungspolitische Initiativen und Vereine zu informieren. Weiters werden Informationen zu Themen wie Menschenrechte, Umwelt und Kultur angeboten. Das vom Verein Südwind organisierte Event wurde am 27. Mai 2017 am Universitätscampus im Altes AKH abgehalten, wodurch ca. 5.000 bis 6.000 Menschen zu Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit sensibilisiert werden konnten.

Ebenso wurden die in Wien vom 9. bis zum 12. März 2017 stattgefundenen FIAN-Filmtage mit einem Teilbetrag unterstützt. Die Veranstaltung mit dem Titel "Hunger.Macht.Profite - Die Filmtage zum Recht auf Nahrung" bot einem breiten Publikum die Möglichkeit, sich über die entwicklungspolitischen Themen Land Grabbing, Hunger und das Recht auf Nahrung zu informieren.



Foto: FIAN

5. HUMANITÄRE HILFE

5.1. Spitalsgüter für die Ukraine

Im Rahmen der Humanitären Hilfe der Stadt Wien wurden in enger Kooperation mit der Österreichischen Botschaft in Kiew skartierte Spitalsmöbel und medizintechnische Geräte zur Ausstattung von Spitälern in die Ostukraine gebracht. Aufgrund der Kriegshandlungen und der Zerstörungen ist die ärztliche Versorgung der Bevölkerung äußerst prekär. Mit den in den vergangenen Jahren gelieferten Gütern konnten bereits viele Spitäler und Notlazarette ausgestattet werden, zumal es dort an Krankenbetten und jeglicher Art von Ausstattung mangelt. Am 27. April 2017 erfolgte die Beladung eines Sattelschleppers mit skartierten Spitalsbetten und medizintechnischen Geräten aus Beständen des KAV, die per LKW in das Spital der Stadt Novoajdar im Osten der Ukraine geliefert wurde.



Foto: MA 27, Verladung im Kaiser Franz Josef Spital in Wien



Foto: MA 27, Verladung im Kaiser Franz Josef Spital in Wien



Foto: KH Novoajdar, Entladung in der Ukraine

Im Mai 2017 konnten dringend benötigte Hilfsgüter an das Rote Kreuz Kiew übergeben werden. Die Rettungsrucksäcke, Defibrillatoren, Schlafsäcke, Decken und Thermosflaschen werden es dem Noteinsatzteam in der ukrainischen Hauptstadt ermöglichen, speziell in der kalten Jahreszeit obdachlose Menschen zu retten bzw. zu versorgen. Auf Grund der angespannten politischen und wirtschaftlichen Situation in der Ukraine, leben viele Menschen in extrem prekären Verhältnissen. Schätzungen zufolge leben in Kiew rund 10.000 Personen auf der Straße. Jedes Jahr sterben dutzende Menschen an Erfrierungen oder tragen schwere gesundheitliche Schäden davon, weil sie im Freien übernachten oder in ungeheizten Räumen wohnen müssen. Die örtlichen Behörden versuchten zwar während der letzten Jahre im Winter durch das Aufstellen von beheizbaren Zelten die Situation zu entschärfen, doch die Nachfrage überstieg bereits die verfügbaren Ressourcen der caritativen Organisationen. Die gebrauchten und voll funktionsfähigen Güter der Stadt Wien, die aus Beständen des Altwarenlagers der MA 48 stammen, wurden von der MA 27 in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Botschaft in Kiew per LKW in die Ukraine gebracht und stellen eine wertvolle Ergänzung für den Ausrüstungsstand des Roten Kreuzes dar.



Foto: ÖB Kiew



Fotos: ÖB Kiew



In Zusammenarbeit mit der Österreichischen Botschaft in Kiew wurde Anfang November für das Spital in Mariupol in der Ukraine dringend benötigte medizintechnische Ausstattung geliefert. Auf Grund des brüchigen Waffenstillstandes ist die humanitäre Situation weiterhin dramatisch und die medizinische Versorgung der Bevölkerung nur unzureichend gewährleistet. Die aus verschiedenen Standorten des KAV stammenden Güter (864 Decken, 960 Pölster, 12 Krankenbetten, 19 Rollatoren, Gehhilfen usw.) werden einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände der notleidenden Menschen in der Ostukraine leisten.

Am 17. Dezember 2017 traf eine weitere humanitäre Hilfslieferung der Stadt Wien im Mutter-Kind-Spital in Mariupol ein. Ein Sattelschlepper brachte rund sechs Tonnen an dringend benötigter technischer Ausrüstung, vor allem Spitalsbetten sowie Rollstühle, Behandlungsgeräte und Krankenhausmöbel zur Versorgung von Patientinnen und Patienten.



Foto: MA 27

5.2. Spitalsgüter für Moldau

Die im Juli von der Stadt Wien gelieferten 5.671 Stück Dienstbekleidung für Spitalspersonal, Wäsche und Rollatoren wurden durch den Vertreter des ADA-Koordinationsbüros in der Republik Moldau an siebzehn medizinische Einrichtungen der Munizipalität Chisinau verteilt.



Foto: ADA Büro Chisinau

Im Dezember wurde eine Dentalbehandlungseinheit aus dem ehemaligen Bestand des Pflgewohnhauses Baumgarten zum Transport nach Moldau zur Verfügung gestellt. Ebenso ein analoges Röntgengerät samt umfangreichem Zubehör aus dem ehemaligen Sophienspital. Der Transport beider medizintechnischen Anlagen in das öffentliche Spital der Stadt Balti im Norden der Republik Moldau wurde von der MA 27 organisiert und finanziert, da sie beide vom Spital dringend benötigt werden, einen sehr hohen Warenwert darstellen und vor Ort aufgrund der budgetären Ausstattung nicht beschaffbar wären.



Foto: MA 27

5.3. Spitalsgüter für Rumänien

Die Stadt Wien unterstützt seit vielen Jahren den öffentlichen Gesundheits- und Sozialsektor in Rumänien durch die Abgabe von skartierten Möbeln und Geräten. Vor allem für die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist dies von enormer Bedeutung, da die öffentlichen Spitäler chronisch unterfinanziert sind und das Geld für notwendige Verbesserung der Infrastruktur fehlt. Zur Verbesserung der medizinischen Versorgung der Menschen in der Stadt Aiud, Kreis Alba, Region Siebenbürgen, wurden daher im Juli zwei Sattelschlepper mit Hilfsgütern (Spitalbetten, Matratzen, Nachtkästchen, Tische, Sesseln, Säuglingswagen usw.) geliefert. Die Möbel stammten aus einer ehemaligen Abteilung für Geburtshilfe und Gynäkologie des Kaiser Franz Josef Spitals.



Foto: MA 27

Im November wurden aus dem ehemaligen Sophienspital medizintechnischen Geräte, Betten, Möbel und Ausrüstungsgegenstände mit drei Sattelschleppern in die Spitäler der Städte Cismădie (dt. Heltau), Agnita (dt. Agnetheln und Sibiu (dt. Hermannstadt) transportiert. Diese, für Menschen in einer noch immer von Armut gekennzeichneten Region Europas bestimmten Güter, beliefen sich auf ein Gesamtgewicht von beachtlichen fünfzehn Tonnen. Da die rumänischen Spitäler chronisch unterfinanziert sind und kaum ein Budget zur Anschaffung neuer Ausstattung verfügbar ist, stellt die Hilfslieferung aus Wien einen dringend benötigten Beitrag zur Gewährleistung der Versorgung im öffentlichen Gesundheitswesen dar. Die bereits gebrauchten und im Wiener Krankenanstaltenverbund nicht mehr benötigten Güter stellen in Rumänien einen hohen Warenwert dar und sind für die dortigen Spitäler selbst nicht beschaffbar.



Foto: MA 27



Fotos: Krankenhaus Sibiu, Wiener Spitalmöbel in Sibiu



5.4. Hilfsgüter für die Slowakei

In Zusammenarbeit mit dem Verein „Direkthilfe Roma“ wurden skartierte Kleinküchen und Möbel zur Ausstattung von Kindergärten und Schulen der Gemeinde Kral übergeben. Die Menschen in dieser strukturschwachen Region in Süden der Slowakei leiden besonders unter der hohen Arbeitslosigkeit. Weitere Tische, Sesseln und Kästen wurden zur Einrichtung eines Jugend- und Kulturzentrums in die Gemeinde Trenc gebracht. Die von der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Sachgüter werden somit einen Beitrag zur sozialen Inklusion von marginalisierten Kindern und Jugendlichen leisten.



Foto: Direkthilfe Roma



Foto: MA 27



5.5. Unterstützung humanitärer Hilfstransporte

Die Stadt Wien unterstützte im Rahmen der Humanitären Hilfe auch NGOs durch die Refundierung von Transportkosten.

Medizinische und technische Ausrüstung wurde in folgende Länder geliefert:

Moldau:

Schulmöbel für die Region Edinet / Beltzi
(Verein Confinis)

Rumänien:

Spezialbetten, Möbel, Kleidung und Saatkartoffel zur Unterstützung von notleidenden Menschen in die Stadt Barland
(Hilfswerk Ost)

Rumänien:

Bekleidung, Spitalsbetten, Rollstühle für das Gesundheitszentrum in Sabaoani bzw. Hygieneartikeln, Bekleidung, Konserven und Lernmaterialien für das Waisenheim in Iasi.
(Pfarre Arsenal)

Syrien:

Spitalsbetten, Kleidung, Schulmöbel, Schulmaterialien sowie medizinische Ausrüstungsgegenstände
(Sours de la Charité, Damaskus)

Tansania:

Medizinischen Utensilien für das Health Center in Momella
(Afrika Amini Alama)

6. VERNETZUNG

In der Funktion des „Gemeinsamer Ländervertreter in Angelegenheiten der EZA“ wurde seitens der Stadt Wien die 16. Bund-Länder-Tagung am 3. und 4. Mai 2017 in Salzburg organisiert. Dabei trafen sich alle EZA-ReferentInnen der Bundesländer, die Referentin der Autonomen Provinz Südtirol sowie die VertreterInnen des BMEIA und der Austrian Development Agency (ADA) zu einem Informations- und Meinungsaustausch. Neben den Berichten der Länder- und Bundesdienststellen erfolgten auch Präsentationen zum neuen Thema „Freiwilligenarbeit in der EZA“ bzw. zur Arbeit des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (United Nations Office on Drugs and Crime, UNODC) wobei es hierbei um alternative landwirtschaftliche Anbauprodukte in Entwicklungsländern ging.

Die Stadt Wien vertritt auch mit Sitz und Stimme die Bundesländer im Aufsichtsrat der Austrian Development Agency, der viermal im Jahr zur Beschlussfassung einberufen wird.



Foto: MA 27



Impressum:

Stadt Wien

Magistratsabteilung 27 – Europäische Angelegenheiten

Schlesingerplatz 2

1080 Wien

Text: Mag. Bernhard Bouzek

Wien, Jänner 2018